



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Weltspiegel

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

## Weltspiegel

**Die französisch-englische Auseinandersetzung.** Während Berlin durch den wegen seiner Sinnlosigkeit in sich zusammengebrochenen Streit zu einer einsamen Insel geworden war und alles Interesse sich auf die Vorgänge des täglichen Lebens zusammendrängte, setzte sich außerhalb der Reichsgrenzen der große Meinungsaustausch zwischen Paris und London fort, in dem auch Deutschlands Schicksal bestimmt wird. Das britische Parlament, das Lloyd George ursprünglich im laufenden Monat aufzulösen gedachte, ist zusammengetreten. Die Thronrede hielt sich in allgemeinen Wendungen. Erst im Laufe der Verhandlungen griffen Lloyd George und Lord Curzon in die Debatte ein. Gerade in England berühren sich in diesem Augenblick vielfach innere und äußere Probleme. Lloyd George befindet sich in der Verteidigung gegen seine Gegner, die ihn von ganz verschiedenen Standpunkten aus angreifen. Sehr erschwert wird die Lage dadurch, daß sich die Verhältnisse in Ägypten, Indien und Irland stark zugespitzt haben. Noch vor kurzem sah es danach aus, als würde sich zwischen dem Ulster und den Südländern eine Verständigung anbahnen, die unter Aufrechterhaltung der beiderseitigen Selbständigkeit ein freundnachbarliches Verhältnis schaffen könnte. Aber die Besprechungen haben sich zerfallen, es ist sogar zu Einfällen der Iren in einzelne zu Ulster gehörenden Grafschaften gekommen. Die irischen Nationalisten beanspruchen ausgedehnte Teile von Ulster, kurzum, der alte Streit flammte wieder in der heftigsten Weise auf. Auch die versprochenen Ersparnisse sind immer noch nicht von der Regierung kundgegeben worden; dagegen klagt sie über die Arbeitslosigkeit und den geschäftlichen Stillstand, der sich auf allen Gebieten bemerkbar macht. In dieser Beziehung übt die Beschränkung der Flottenbauten durch das Washingtoner Abkommen, so sehr es die britischen Finanzen entlastet, auch ungünstige Wirkungen aus.

Lloyd George muß zugleich auf die Wirkung im Ausland, in Amerika wie in Frankreich, achten. Was der englische Ministerpräsident über den von ihm Briand als besondere Gabe zugesagten Garantievertrag ausführte, klingt deutschen Ohren wenig erfreulich. Man darf von Lloyd George nicht erwarten, daß er den deutschen Standpunkt irgendwie verteidigt, aber er, und ganz in seinem Sinne Lord Curzon, wollen doch, daß Deutschland am Wiederaufbau Europas mitwirkt. Dies kann jedoch nur ein deutsches Volk tun, das zwar die Lasten des durch den unglücklichen Ausgang des Krieges heraufbeschworenen Friedensvertrages trägt, das aber in freier und friedlicher Arbeit sich zu entwickeln vermag. Ein solches Recht muß Deutschland gelassen werden. Lloyd George sprach aber von der Gefahr, die wegen der Geistesverfassung der deutschen Jugend sich in 20 Jahren zeigen werde. Er wollte die Kritiken der Arbeiterpartei gegen das Bündnis abwehren und sein Verständnis für die französische Psyche bekunden, aber er hat dabei zugleich enthüllt, worauf sich das wahre Streben der von ihm vertretenen britischen Politik richtet: aus Deutschland ein in dauernder Bedrückung lebendes, von der Gnade der Westmächte abhängiges Volk zu machen, d. h. den gegenwärtigen unerträglichen Zustand zu verewigen. In seiner überwiegenden Mehrheit ist das deutsche Volk von den friedlichsten Gefühlen besetzt. Es hat, was auch die Gegner behaupten mögen, nie nach Welt Herrschaft gestrebt, wie ein Napoleon I. Der Geist von 1813, der damals der englischen Politik ebenso gelegen kam, wie die Beseitigung des in seiner Betriebsamkeit London verdächtigen zweiten Kaiserreichs durch die deutschen Heere im Jahre 1870, entstand aus der ungerechten Anebelung, der nicht nur Deutschland, sondern ganz Europa durch den napoleonischen Druck ausgesetzt war. Wer das Aufkommen von Nachgelüsten verhindern will, muß dem deutschen Volke endlich Gerechtigkeit widerfahren lassen. Deutschland stellt heute, wie es zu seinem eigenen bittersten Schaben erfährt, keinen Machtfaktor mehr dar, und es muß sich angesichts der verhängnisvollen Entwicklung seit dem Waffenstillstand von 1918 die Überzeugung festsetzen, daß ein Volk auch wirtschaftlich bei allem Fleiß und aller Tüchtigkeit sich nicht durchzusetzen vermag, solange ihm der machtpolitische Rückhalt fehlt. Deutschland wird in Genuß nur Staffage sein. Die Art, wie Rußland mit seiner Roten Armee oder der türkische Nationalismus behandelt werden, zeigt am besten den Unterschied zwischen Völkern, vor denen man Achtung haben muß und solchen, die sich wegen ihrer Wehrlosigkeit dem Geheiß der Feinde einfach fügen sollen. Tritt nicht ein völliger Wandel in den Auffassungen der Gegenseite ein, mit dem zu rechnen sentimentale Gefühlseligkeit wäre, so kann durch alle Konferenzen und Verhandlungen an der verzweifeltsten Lage Deutschlands nichts geändert werden. Die Zulassung zum Konferenztisch genügt nicht. Deutschland muß auch sonst nicht als Staat zweiter Klasse angesehen werden, den man durch Kommissionen be-

aufsichtigen und in seinem innersten Leben stören läßt, wie es Poincaré in seiner Note an die englische Regierung über Genua gegenüber monarchischen Bewegungen in Deutschland und Ungarn tun möchte.

Den größten Gewinn aus einer Befundung Deutschlands hätten freilich die Gegner selbst. Das ist eine Binsenwahrheit, von deren Erkenntnis Paris und auch London noch weit entfernt sind. Frankreich hat auch ohne Rheingrenze und ohne anglo-französischen Pakt Machtmittel genug, um jeder militärischen Drohung eines künftigen Deutschland nachdrücklichst vorgreifen zu können. Das weiß natürlich Poincaré, der bezeichnenderweise das Garantiebedürfnis mit London gar nicht so sehr betont, sondern es als eine durch keinerlei französische Zugeständnisse neu zu erkaufende Gegenleistung für den Verzicht auf die Rheingrenze hinstellt. Mit der Regierung Wirth geht Poincaré sogar sehr vorsichtig um. Am deutlichsten tritt dies in Erscheinung bei der Behandlung des Petersdorfer Zwischenfalls, der sonst zu den schärfsten Forderungen Anlaß geboten hätte. Solange der Notenwechsel zwischen Paris und London im Gange ist, will Poincaré als Vertreter maßvoller Zurückhaltung erscheinen. Er ist bei dem diplomatischen Spiel zweifellos der gewandteste Taktiker und zieht Vorteile aus der innerpolitischen Bindung Lloyd Georges, wie aus der durch die fortdauernde Ministerkrise verursachten Untätigkeit Italiens. Poincaré hat dagegen die Kammer hinter sich und kann seine ganze Aufmerksamkeit ungeteilt der Weltpolitik zuwenden. Er setzt sich zwar mit Dr. Wirth und Rathenau in ruhiger Weise auseinander, aber die „Sanktionen“ läßt er dabei nicht aus dem Auge, zu denen Frankreich, wenn es sein muß, nötigenfalls selbständig schreiten wird. Poincaré, der aus der Reparationskommission austrat, weil er mit deren Tätigkeit nicht einverstanden war, verfolgt mit eiserner Beharrlichkeit sein Ziel, und das ist die Festigung der französischen Vorherrschaft in Europa auf Kosten des deutschen Volkes, dessen politische Einheit er am liebsten zertrümmern möchte. Er weiß, daß England auch nach der Herstellung des englisch-amerikanischen Einvernehmens durch das Washingtoner Abkommen die Freundschaft mit Frankreich nicht opfern kann. Wie gegenüber Amerika, wo Marschall Foch durch Reden und Aufträge die erkalteten Gefühle für Frankreich neu zu beleben sucht, sind die französischen Schulden an England mit ihren mehr als 13 Milliarden Franken, eine gewichtige Waffe. London kann diesen Betrag nicht streichen und Frankreich hebt seine Zahlungsunfähigkeit hervor, solange die deutsche Entschädigung mit allen Bestimmungen des Versailler Vertrags ihm nicht erhalten bleibt.

Die Reparationsfrage selbst ist nicht vorwärts gekommen, es heißt nur, daß die deutschen Vorschläge keine günstige Aufnahme zu erwarten haben. Amerika hat bei seiner ablehnenden Antwort auf die Einladung zur Konferenz von Genua deren Zwecklosigkeit unterstrichen, solange das Entschädigungsproblem dort nicht erörtert werden kann. Die amerikanische Auffassung ist richtig und man weiß tatsächlich nicht, wofür die Kosten für Genua aufgewendet werden sollen, wenn dort nur oratorische Kunststücke, nicht aber praktische Entschlüsse zustande kommen sollen. Wäre nicht überhaupt, wie man das in den Vereinigten Staaten wünscht, nach einer gründlichen Klärung der europäischen Wirrnisse Washington der geeignete Platz für die Besprechungen über die wirtschaftliche Erneuerung, die ohne das Eingreifen des amerikanischen Kapitals überhaupt nicht denkbar ist. Die Russen, für die Genua wenigstens die amtliche Anerkennung durch die Welt bedeuten würde, treffen vorher nach allen Richtungen hin Vorkehrungen, um das ihnen drohende Weltbankrott zu sprengen.

Deutschland ist dabei, mit Polen in Genf die Einzelheiten festzulegen, die sich aus der so schmerzlichen Zertrümmernng Oberschlesiens ergeben. Der Völkerverbund hat sich durch die Entscheidung über Oberschlesien den schwersten Mißgriff geleistet, den er in seiner an derartigen Entgleisungen so reichen Laufbahn aufzuweisen hat.

In Oberschlesien wie als Nuntius in Warschau hat Kardinal Ratti, der große Gelehrte, der zuletzt Erzbischof in Mailand war, seine diplomatischen Sporen erungen, als Pius XI. ist er aus dem Konklave hervorgegangen. Er hat den Namen Pius gewählt, will also den segensreichen Gedanken der Autorität betonen. Gleichzeitig hat er Benedikts XV. Kardinalstaatssekretär Gasparri beibehalten und vom äußeren Balkon des Vatikans aus unter den Ehrenbezeugungen der italienischen Truppen den ersten päpstlichen Segen erteilt. Pius XI. gedenkt demnach die Annäherung zwischen dem Heiligen Stuhle und dem italienischen Königreich fortzusetzen, was beiden Teilen nur zum Vorteil gereichen kann. O. G. v. Wefendonk